

Sternstunden und Albtraum- momente

75 Jahre Österreichische Volkspartei im Spiegel des Krisenmanagements

Die Geschichte einer politischen Bewegung seit 1945 drückt sich nicht ausschließlich in einem narrativen Text aus. Die politische Geschichte Österreichs ist eine Aneinanderreihung von inneren und äußeren Bedrohungen, Momenten größten nationalen Stolzes und dramatischer Notsituationen. Schließlich wirken jedoch – diese Feststellung sei im Corona-Jahr 2020 gleich zu Beginn gemacht – vermeintliche oder tatsächliche Katastrophen am stärksten nach und setzen sich im Unterbewusstsein der ganzen Bevölkerung und auch im kollektiven Denken einer Partei unmittelbar fest.

Eine Zeitspanne von 75 Jahren erlaubt nicht bloß eine chronologische Darstellung von Ereignissen und Persönlichkeiten, die oftmals zu Recht periodenbildend sind und geschlossene bzw. miteinander verzahnte Geschichtsabschnitte bilden. 75 Jahre Österreichische Volkspartei geben auch die Möglichkeit, ein Krisenmanagement abzubilden. Speziell im Krisenjahr 2020 erscheint das ein legitimer Zugang zu sein. Eine staatstragende Partei, die nicht von einem vergänglichen Augenblick allein lebt, sondern staatspolitische Verantwortung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt, muss den Anspruch haben, diese Verantwortung in Krisenzeiten unter keinen Umständen zu negieren oder gar zu delegieren, sondern selbstbewusst und ohne Koketterie wahrzunehmen.

Die Frage ist wohl erlaubt (und sogar sinnvoll), ob eine bürgerliche Partei ein anderes Krisenmanagement zeigt, als beispielsweise eine sozialistische oder andere linke Partei. Oder zeigen alle politischen Parteien in einer Krise dieselben Stresssymptome und Lösungszugänge? Sind somit in einer Krise politische Parteien austauschbar und entscheiden bloß die näheren Umstände und die agierenden Persönlichkeiten über Scheitern oder Überwindung der Krise?

Unter den Krisen, die Österreich seit 1945 bis in die Gegenwart erschütterten, stechen vollkommen unterschiedliche Szenarien hervor. Hungersnöte, Energiemangel, bürgerkriegsartige Unruhen, kriegerische Vorgänge in den unmittelbaren Nachbarländern, Atomunfälle und Verstrahlung des Landes. Des Weiteren (europäische und außereuropäische) Kriege, die zu Flüchtlingsströmen nach Österreich geführt haben. Aber auch Korruptionsskandale, die wiederum zum Sturz von Regierungen führten, und schließlich eine weltumspannende Pandemie, deren Konsequenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal in Ansätzen abzuschätzen sind.

Am Anfang stand der Hunger

Es ist schwer, in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen Höhepunkt der Krise auszumachen. Das ganze Jahr 1945 stellt mit Kriegsende, Gründung der Bünde, Gewerkschaften und der politischen Parteien eine krisenhafte Phase dar. Und doch hatte der Winter 1946/47 eine noch katastrophale Realität. Der zweite Winter nach der Stunde null steht oftmals im Schatten

des ersten Friedenswinters ein Jahr zuvor. Doch es gab einen großen Unterschied, wenn man diese Wintermonate, die beide von Not, Elend und Entbehrung geprägt waren, miteinander vergleicht. Im Jahre 1946 waren die Alliierten erstmals aus ihrer direkten und alleinigen Verantwortung, für die notleidende Bevölkerung zu sorgen, zurückgetreten. Die Österreichische Volkspartei, unter der Führung von Leopold Figl nach der ersten Nationalratswahl im November 1945 als stärkste Partei hervorgegangen, hatte als Kanzlerpartei die Hauptverantwortung zu tragen. Während 1945/46 die Alliierten die politischen Zügel streng angezogen hatten, gleichzeitig aber auch ein gewisses Maß an Versorgungssicherheit garantierten. Im Winter 1946/47 war alles anders. Die Alliierten betonten die versorgungsmäßige (Teil-)Selbstständigkeit Österreichs, argumentierten mit den Ernteerträgen des Jahres 1946 (in Wirklichkeit gab es im Sommer 1946 eine katastrophale Ernte) und zogen sich in weiteren Bereichen von der bis dahin gezeigten Versorgerrolle zurück. Die Sowjets und die KPÖ, die bei der Nationalratswahl im November 1945 eine vernichtende Niederlage erlitten hatte, verloren aber bis 1955 dieses Ziel nie aus den Augen. Hunger und Not waren oftmals verlässliche Agitationshilfen der Kommunisten. Im Winter 1946/47 kamen sie diesem Ziel näher, denn es war nicht irgendein Winter. Der Winter 1946/47 war ein Winter vom alten Schlag. Klirrende Kälte im ganzen Land. In Tirol wurden Anfang Jänner 1947 minus 22 Grad Celsius gemessen, in Kärnten sogar fast minus 25 Grad. Die österreichischen Schulkinder mussten oftmals ein paar Wochen nicht in die Schule, weil schlicht und einfach das Heizmaterial fehlte. Die Öl- und Kohleförderung lag noch immer kriegsbedingt darnieder. Noch immer war die Stromversorgung zusammengebrochen. Hatte man geglaubt, dass das Vorjahr schon das Letzte von den Menschen abverlangt hätte, so wurde man in diesem Winter eines Besseren belehrt. 0,5 Kilowattstunden durfte ein Haushalt in diesem Hungerwinter verbrauchen. Das entspricht der Leistung einer fünf Stunden brennenden 100-Watt-Glühbirne. In Ostösterreich waren mehr als 70 Prozent der Kinder unterernährt. Im Winter 1946/47 starben mehr Menschen als im Hungerwinter ein Jahr zuvor. Die Städter zogen in gewaltigen Kolonnen auf das Land, um zu hamstern. Oftmals brachen die Transportmittel unter der Last der Hamstergüter zusammen. Dann ging man eben zu Fuß. Ganze Erdäpfelfelder wurden von den Hungernden geplündert, sodass die Re-

gierung von Leopold Figl im Herbst 1946 ein generelles Rucksackverbot auf den Landstraßen erließ. Neben dem Hunger waren es die permanenten Übergriffe der Sowjets, deren auf Österreich abgewälzte Besatzungskosten, nach wie vor offene Fragen zu manchen Grenzziehungen und die Tatsache, dass hunderttausende Österreicher wegen formaler NS-Mitgliedschaft von vornherein von politischer Partizipation ausgeschlossen waren. Dass die Regierung Figl trotz alledem selbst in dieser Periode einen Staatsvertrag einforderte, zeigte den Mut des Kabinetts, aber auch die Mission Leopold Figls. Jede Hand, die sich ihm entgegenstreckte, wurde ergriffen: Das Ziel war, dem Kommunismus im Lande keine Chance zu geben.

Politisch war der Bauernbündler Figl ein Realpolitiker und ein Manager der Not. Persönlich wachte der Kanzler oft in der Nacht darüber (am Tag verhandelte er mit den Alliierten), dass Bauern aus Niederösterreich regelmäßig nach Wien kommen konnten und mit Brot, Milch und sonstigen Lebensmitteln die Bevölkerung vor dem Tod bewahrten. Das alleine wäre aber zu wenig gewesen. Jede Hilfe wurde angenommen. Es war Figls persönliche Initiative, dass schnell erfüllbare Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei getroffen werden konnten. Bereits im November 1946 liefen die ersten Zugwaggons mit polnischer Kohle in Wien ein und entschärften die größte Energielosigkeit. Das Ziel war, den nach wie vor elenden Tages-Kalorienverbrauch von 1.200 auf 1.500 zu heben. Ein Großteil der Parteiarbeit bestand im Versuch, Interventionen zum (Über-)Leben zu erfüllen. War es im Winter 1945/46 noch ein Appell gewesen – nach dem Winter 1946/47 wusste man in Wien: Wir können es schaffen. Zu Recht wurden der Hunger und die politische Aufbauleistung zum großen Nachkriegsnarrativ.

Die Krise 1946/47 wurde nicht durch Ideologie, sondern durch den Glauben an sich selbst bezwungen. Figl verkörperte den Überlebenswillen und den Antikommunismus der ganzen österreichischen Bevölkerung authentisch.

Das Sturmjahr 1950 oder wie sich die KPÖ zu Tode „putschte“

Wenn die wirtschaftliche Gesundung in den späten 1940er-Jahren Erfolg haben sollte, dann war dies ohne staatliche Intervention und Zwangswirtschaft nicht möglich. Die Lohn- und Preisabkommen waren der Versuch

von ÖVP und SPÖ, die Wirtschaft zu festigen und die Inflation in beherrschbaren Bahnen zu halten. Das galt auch für das Vierte Lohn- und Preisabkommen im Herbst 1950. Die bis dahin freigegebenen sieben Milliarden ERP-Gelder der USA waren nahezu zur Hälfte „aufgegessen“, zugleich verlangten die USA eine stärkere Dollar-Relation. Die Landwirtschaft und die Industrie verlangten höhere Preise. Die soziale Unterstützung mit finanziellen Mitteln seitens des Staates war nicht wesentlich. Fast alle Preise für Lebensmittel stiegen an. Die Löhne blieben unten. Alles in allem waren das die idealen Voraussetzungen für Umsturzpläne linker Extremisten.

Julius Raab erklärte im ÖVP-Klub voller Ernüchterung: „Das Vierte Lohn- und Preisabkommen bringt keine Erhöhung der Einkommen, aber auch keine Verringerung derselben.“ Nach dem Ministerrat am 26. September 1950 kam es zu einem gewalttätigen Sturm auf dem Ballhausplatz. Die Polizei war unbewaffnet und damit machtlos. Leopold Figl stellte sich dieser Krise kompromisslos entgegen. In enger Absprache mit den Sozialisten lehnte er jegliche Verhandlungen mit den kommunistisch geführten Sturmdelegationen ab. Als Betriebsratskonferenzen der Kommunisten und Linkssozialisten den Druck auf die Regierung immer mehr erhöhten, war Figl erst recht zum Widerstand entschlossen. Seine Reaktion: Bewaffnung der Polizei und die Anweisung der Regierung, im Notfall von den Waffen Gebrauch zu machen. Aus dem Generalstreik Anfang Oktober 1950 sollte sich ein Volksaufstand entwickeln, der zur kommunistischen Machtübernahme führen sollte. Die Sowjets unterstützten diese Aktionen in Wien und Niederösterreich direkt. Erschwerend wirkte sich aus, dass zahlreiche „neutrale“ Medien (vor allem im Westen, wohl aus Unverständnis der Lage) abwarteten und auch der Bundespressdienst – als direktes Sprachrohr der Regierung – in diesen kritischen Stunden und Tagen vollkommen versagte. Das war wohl auch der Grund, weshalb sich die ÖVP mehr auf den (absolut) funktionierenden Parteipressdienst verließ. Es war schließlich das Eingreifen der Bauarbeiter des Gewerkschafters Franz Olah, die die Auseinandersetzung auf der Straße mit den Kommunisten nicht scheuten, und die sofortige Kontaktaufnahme Figls mit den drei westlichen Außenministern. Diese Intervention (die Note wurde von Figl persönlich unterzeichnet) machte den Sowjets klar, dass der Preis für diese Putsch-Taktik zu hoch für sie wäre. Die ÖVP gewann als Partei ab nun aber die Erkenntnis, dass sol-

che Konfrontationen nicht immer zu gewinnen waren. Figl war aber kein Träumer, sodass die Regierung den politischen Gegner (den man damals – noch ehrlicher – „Feind der Demokratie“ nannte) auch personell kompromisslos verfolgte. Tausende Kommunisten und Linksozialisten verloren in der Verstaatlichten Industrie ihre Jobs, und beinahe einhundert führende KP-Gewerkschafter und Linksozialisten – darunter der ÖGB-Vizepräsident Fiala – wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Rechtliche Grundlage dafür war das „Staatsschutzgesetz“ aus dem Jahre 1936 – im Ständestaat von der Regierung Schuschnigg erlassen. Der nunmehrige Koalitionspartner SPÖ trug diese Entscheidung beachtenswerterweise vollinhaltlich mit: In der Stunde der absoluten Bedrohung wollte man sich auf vermeintliche historische Hypotheken eher nicht einlassen. Die politischen Konsequenzen waren eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung, Schaffung von Wohnungseigentum, Gründung von Arbeits- und Werksgenossenschaften. Kurzum: das Etablieren der Sozialpartnerschaft. Über alle diese Postulate stellte die Volkspartei die Vollbeschäftigung. Auch diese Krise wurde durch Leopold Figl, der in keiner Phase seines politischen Lebens für Appeasement anfällig war, und die Geschlossenheit der Bevölkerungsmehrheit gemeistert. Es zählte nur ein Ergebnis: Österreich den Kommunismus zu ersparen.

Panzer an den Grenzen. Die schwierige Nachbarschaft zum realen Sozialismus

Kann man Krisen vergleichen, deren Unterschiede größer waren, als deren Gemeinsamkeiten? Der österreichische Patriotismus und der Wunsch, die bewaffnete Neutralität zu beweisen, waren im November und Dezember bei der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes 1956 in jeder politischen Entscheidung der Regierung – und vor allem der ÖVP – spürbar. Während SPÖ-Innenminister Helmer anfangs bei der Flüchtlingsunterstützung zögerte, waren Raab und Außenminister Figl fest entschlossen, auf jede Grenzverletzung, jede sowjetische Provokation vehement zu reagieren. Raab, bis zum Staatsvertrag eher ein „Moskau-Versteher“, zeigte Krallen und Zähne. In dieser Krise verdeutlichte es sich auch, wie wichtig es in einer Koalition ist, an einem Strang zu ziehen. Die ÖVP als Mehrheitspartner bestand von Anfang der Ungarn-Krise an darauf, dass der Koalitionspartner

in keinem außenpolitischen Aspekt ausscherte. Dass es in den österreichischen Medien in den ersten Tagen und Wochen nur so von Aufrufen, Ungarn zu helfen, und Forderungen an die eigene Regierung, immer noch mehr zur ungarischen Unterstützung zu unternehmen, wimmelte, war dann sogar der Wiener Koalition manchmal zu viel. ÖVP-Staatssekretär Grubhofer, Oskar Helmer im Innenressort zugeteilt, wollte sogar die Presse zurückpfeifen, wurde jedoch noch von Raab davon abgehalten. Auch verlangte die Wiener Regierung von den USA und Vizepräsident Nixon eine bessere militärische Ausrüstung, sonst werde man den im Staatsvertrag übernommenen Verpflichtungen einer Landesverteidigung nicht nachkommen können. Zum ersten Mal in der Zweiten Republik war das Postulat zu hören: Es darf keine Wiederholung des März 1938 geben.

Julius Raab kann mit Fug und Recht als ein Meister des Kompromisses betrachtet werden. Das betraf, die Spannungen in der Sozialpolitik, die Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszugleichen. Wo es ihm möglich war, sah er antizipierend die Krise auf das Land und auf die Partei zukommen und reagierte entsprechend mit dem Versuch einer rechtzeitigen Entschärfung. Das Zwischenspiel eines Alfons Gorbach war innenpolitisch zu unbedeutend, um mit einer signifikanten Krise nachhaltig in Erinnerung zu bleiben.

Anders die Krise zwölf Jahre später in der Tschechoslowakei: Der August 1968 war seitens der Bevölkerung wiederum von Hilfsbereitschaft geprägt, aber auch von regierungsseitigem Zögern und – so wurde es mancherorts wahrgenommen – von Passivität. Anders als 1956 zögerte nämlich die Regierung Klaus, Militär direkt an die Grenze zu verlegen. Hier zeigte sich nicht nur Klaus, sondern auch Außenminister Kurt Waldheim von einer besonders diplomatischen, vorsichtigen Seite. Eine sowjetische Intervention bei Bundeskanzler Klaus tat ihr Übriges. Schlussendlich schien der ORF unter Gerd Bacher („Stadtgespräche“) der sowjetischen Intervention in der ČSSR offensiver zu begegnen als die Bundesregierung, und so wurde es auch von der österreichischen Bevölkerung wahrgenommen. Auch wenn damalige Protagonisten später ihre historische Rolle überbewerteten und die Jahre 1956 und 1968 gleichrangig nebeneinanderstellten.

Für die ÖVP bedeutete der Umgang mit der Krise in der Tschechoslowakei nicht mehr und nicht weniger als ein weiteres Mosaikstück des

Scheiterns. Alle parteilichen Strukturen hinkten bei der ständig angekündigten Reform und Modernisierung nach. Auch war es den Ressortverantwortlichen in ihren eigenen Ministerien nicht gelungen, die Bundesverwaltung auf den Stand der Zeit zu bringen, sodass die frühere Hausmacht der Volkspartei, nämlich die Bürokratie, immer mehr zu einem Mühlstein bei der Präsentation eigener Leistung wurde. Folglich war die nächste Krise hausgemacht – und sie kam bald.

Hochmut kommt vor dem Fall

Krisen müssen nicht von außen hereingetragen werden, genauso wie sie nicht ursächlich mit einem politischen Gegner in Zusammenhang stehen müssen. Die ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus der Jahre 1966 bis 1970 hatte zahlreiche Gründe für ihr Zustandekommen (Antreten von Olah gegen die SPÖ, Unterstützung der „Prawda“ für die Sozialisten, SPÖ-interner Richtungsstreit zwischen Pittermann, Czettel und Kreisky), aber auch viele Ursachen, die ihr Scheitern bewirkten. Es war vor allem die Unfähigkeit der Partei, Volksnähe authentisch aufzubauen, und schließlich ging es um Glaubwürdigkeit. Die Volkspartei hatte unter Josef Klaus den Begriff der „Reform“ als integrierten Teil der eigenen Politik etabliert. Eine Reform jedoch, die nicht nach absehbarer Zeit zu einem sichtbaren Ergebnis kommt, bleibt unglaubwürdig. Die ÖVP stieß ab Ende der 1960er-Jahre auf eine Gesellschaft, deren Struktur in einem vollkommenen Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Strukturen jener Bevölkerungsschichten stand, auf die sie sich in der bisherigen Geschichte primär gestützt hatte. Insgesamt wurde auch die gesamte österreichische Gesellschaft auf eine höhere intellektuelle Stufe gehoben, wie z. B. die Bauern, die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, während die ÖVP mittels ihrer Politik und ihrer Organisationsform zu dieser Zeit noch unter diesem Niveau positioniert war. Da in der Funktionärsschicht der ÖVP selbst in den Jahren vor 1970 Gruppen tonangebend waren, die sich seit einiger Zeit auf absteigender Linie befanden – wie die klassischen Bauern oder der alte Mittelstand –, war eine Konfliktsituation eingetreten, in der die Volkspartei an der modernen Gesellschaft schlicht und ergreifend vorbeiredete. Dass Josef Klaus diesen Missstand grundsätzlich erkannt hatte, zeigte seine Schwerpunktsetzung mit der sogenannten „Aktion 20“.

Schließlich waren diese Reformansätze ebenso glücklos gescheitert, weil sie im Grunde abstrakt blieben und von der Bevölkerung als nicht greifbar betrachtet wurden. Aus all dem Genannten resultierte eine weitere Krise, eine Organisationskrise der Volkspartei, die in der Krise ihrer überkommenen bündischen Struktur ihren Niederschlag fand. Aus heutiger Sicht muss es – diplomatisch formuliert – als demokratiepolitische Naivität gelten, wenn der Bauernbund Anspruch auf Vertretung des gesamten bäuerlichen Raumes erhoben hatte, wenn der ÖAAB alle leitenden Angestellten zu integrieren trachtete, wenn die politische Jugendbewegung (heute JVP) an ihrer eigenen inferioren Stellung selbst keinen wirklichen Anstoß nahm und die Frauenbewegung nicht aus ihrer diskriminierenden Rolle innerhalb der Partei ausbrechen wollte. Das waren schließlich nur Symptome einer Anpassungs-krise, die letztlich in dem Widerspruch begründet war, in den die Partei und ihre verkrusteten bündischen Strukturen mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Schichten geraten war. Die organisatorische Krise stellte somit auch die politische Effizienz ihres organisatorischen Aufbaus infrage. Schließlich verwendete die ÖVP in diesen Jahren der Alleinregierung mehr Kraft auf die Integration der eigenen Partei und nicht auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Josef Klaus ereilte somit dasselbe Schicksal wie seine ganze Partei. Beide wurden abgewählt, weil man ihnen die Lösung der gegenwärtigen Probleme nicht mehr zugetraut hatte. Die ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus – wohlmeinend als seriös, aber trocken beschrieben – misslang auch wegen ihrer bürgerlichen Vorsicht und Konfliktscheu.

Die folgende Konsolidierung der ÖVP fand erst statt, nachdem zunächst der politische Masseverwalter Hermann Withalm die Stellung hielt und alle Pfeile auf sich gezogen hatte. Während die politische und menschliche Tragik von Karl Schleizer in seinem frühen Tod lag, bestand das Scheitern der Volkspartei bis Anfang der 1980er-Jahre nicht nur im Mangel an inhaltlichen Konturen, sondern auch am mittlerweile irreversibel ausgeprägten Anspruchsdenken der Bevölkerung, dem der Leitgedanke von „Leistung“ diametral entgegengestanden war. Dieses Anspruchsdenken sollte Jahre später auch den Schöpfer dieser Politik, die Sozialdemokratie, in die Tiefe reißen. In manchen Phasen der Politik erfährt auch Etabliertes eine Sättigung, und das Wahlvolk reagiert mit Überdruß. Doch über diese Krise zu schreiben, muss an anderer Stelle geschehen.

Eine Kernspaltung der besonderen Art

Was sich im Jahre 1979 mit der emotionalen Diskussion über das Atomkraftwerk in Zwentendorf bereits innenpolitisch manifestiert hatte, erreichte 1986 durch den Super-GAU im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl eine bislang ungeahnte Qualität. Zwentendorf hatte die Österreicher zum Thema politisiert und die grundsätzliche Entscheidung gegen Atomkraft im eigenen Land bewirkt. In diesem Fall zeigte sich auch die Krisenbewältigung, die von den Bundesländern und den Landesparteien ausgegangen war. Bei notwendigen schnellen Entscheidungen waren die Bundesländer und Gemeinden näher an den Menschen. Folglich vertrauten in Krisen, wie beispielsweise einer Umweltkatastrophe, Menschen sehr stark den Bundesländern und den Gemeinden. Die ÖVP, traditionell hier einflussreich vertreten, fand darin einen weiteren „Schlüssel“ vor, Krisen glaubwürdig zu begegnen. Dem sind allerdings Grenzen gesetzt, sobald eine starke Führungspersönlichkeit im „Bund“ gefordert wird.

Der Unfall in Tschernobyl, der eine Verstrahlung von halb Europa bewirkte, traf im Herbst 1986 aber auf eine österreichische Gesellschaft, die seit Monaten in ihren Emotionen herausgefordert worden war, wie noch selten zuvor in der Zweiten Republik. In der Tat war Österreich 1986 eine gespaltene Nation. Und der Kern, an dem sich diese Spaltung vollzog, hieß Kurt Waldheim. Es braute sich über Österreich und über der ÖVP eine bislang unbekannte Krise zusammen, die das Land und die Partei zu zerreißern drohte. Bundesparteiobmann Alois Mock, auf dessen hauptsächliche Initiative die Kandidatur des früheren UN-Generalsekretärs Waldheim zustande gekommen war, hatte parteiintern enorme Widerstände zu überwinden. Längstens seit dem von den österreichischen Sozialdemokraten nach außen gespielten historischen Dokument, das Waldheim als willfährigen und vor allem reuelosen NS-Parteigänger stigmatisieren sollte, zeigte sich in Österreich eine Bruchlinie, die nicht nur Generationen gegeneinanderstellte, sondern auch das Selbstverständnis Österreichs gänzlich infrage stellte. Am schwersten allerdings wirkte der Vorwurf des Antisemitismus. Die Argumentation des Jüdischen Weltkongresses, der SPÖ und des linken Journalismus war: Wer Waldheim verteidigte, war demnach ein Antisemit. Es half schlussendlich weder dem JWC noch der SPÖ, die beide die Stimmung – vor allem der älteren Generation – in Österreich vollkommen falsch einschätz-

ten. Mock trug diese Krise kraft seiner Autorität und seines politischen Geschicks durch. Ein Schwenken in der Linie wäre noch während des ersten BP-Wahlganges einer Niederlage gleichgekommen, und auch in der Stichwahl änderte sich nichts daran. Mock hielt die bis dahin gewählte Haltung konsequent ein: „Jetzt erst recht“ wurde zur Losung einer politischen „Wagenburg-Mentalität“. Selbst innerhalb des ÖVP-Bundesparteiorgans gab es Stimmen wie Erhard Busek und Marilies Flemming, die die ÖVP-Haltung unter Mock und Michael Graff für falsch hielten und eine andere Wortwahl forderten. Die Forderungen von Alois Mock – stellvertretend für viele –, sich an historischen Fakten zu orientieren und eine moralische Verantwortung nicht mit einer juristischen Schuld gleichzusetzen, verhalten in einem aufgeheizten Klima wechselseitiger Schuldzuweisungen. Ob mit der sogenannten „Affäre Waldheim“ Österreich und der Österreichischen Volkspartei geholfen oder geschadet worden war, konnte nicht einmal nach dem Vorlegen des Berichts der Historikerkommission übereinstimmend beantwortet werden. Während die eine Seite von einem notwendigen Selbstreinigungsprozess sprach, war diese Gruppe für die andere Seite „ehrlose Nestbeschmutzer“. Tatsache blieb: Alois Mock trotzte dem politischen Totschlag-Argument, ein Antisemit zu sein, und konnte zumindest die Dominanz der sozialdemokratisch geprägten Bundespräsidenten – wenngleich man Rudolf Kirchschläger hier nur bedingt nennen kann – für das Erste brechen. Allerdings zu einem extrem hohen Preis. Kurt Waldheim und der Super-GAU in Tschernobyl verunsicherten im Jahre 1986 das Land nachhaltig.

Die Wende – aber wohin?

Mit dem Jahr 1989 verband und verbindet die ÖVP den bürgerlichen, konservativen Triumph über den „Realen Sozialismus“ und die Überwindung des geteilten Europas. Inklusiv des eigenen Beitrags, der diesen welthistorischen Prozess (mit-)begleitet hatte. Getragen von einer Welle der Euphorie und Aufbruchsstimmung trug die neue europäische Realität in Mitteleuropa (auch) die ÖVP-Handschrift, wie sie unter anderem von Alois Mock vorgetragen worden war. So wurden auch die Folgen des Zerschlagens von Jugoslawien vom Großteil der österreichischen Bevölkerung mitgetragen;

dazu zählte auch die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge vom Balkan. Als dann nach dem bekannten 2/3-Votum Österreichs im Jahre 1995 der Beitritt zur EG/EU erfolgte, glaubte man endgültig am Sehnsuchtsziel „Europa“ angekommen zu sein. Umso unverständlicher blieben im Jahre 2000 die europäischen (Partner-)Reaktionen auf die Bildung einer demokratisch legitimierten Koalition aus ÖVP und FPÖ. Vierzehn Jahre nach der Wahl von Kurt Waldheim wurde im Jahr 2000 neuerlich die Spaltung der österreichischen Gesellschaft offenkundig. Nur um einen nicht-sozialistischen Bundeskanzler zu verhindern, verbündeten sich Linke im Land mit missgünstigen europäischen Nachbarn. Dass dabei auch europäische Christdemokraten führend mittaten, verstörte die ÖVP, aber auch die Menschen im Lande für lange Zeit. Die Euphorie von 1994/95 war endgültig gestorben. Wolfgang Schüssel löste diese Krise durch politische Gestaltungsvisionen und Pragmatismus. Es musste nicht jeder (markt-)politische Plan gelingen, und man musste nicht mit jedem „Partner“ in Europa und der Welt Freund sein. Zumindest hatte sich hier aber (innenpolitisch) eine Entwicklung abgezeichnet, die sich in den folgenden Jahren noch weiter vertiefte und (schmerzhaft) die politische Arbeit verunmöglichte. Das Misstrauen und die mangelnde Kompatibilität machten eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hochgradig schwierig bis zwecklos.

Das offene Europa – anders als erhofft

Es gab seit 1945 Krisen, die überwunden wurden und Krisen, die noch jahrelang nachhallten und Konsequenzen hervorgerufen hatten, die nach wie vor nicht gelöst sind und (möglicherweise) auf absehbare Zeit nicht gelöst werden können. Dazu zählt die Entscheidung des Jahres 2015, hunderttausende Flüchtlinge zunächst aus Syrien, später aus vielen Krisenregionen Asiens und Afrikas in Europa aufzunehmen und ihnen nach Möglichkeit Asylstatus zu verleihen. Getrieben von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel war die österreichische Regierung unter Werner Faymann und ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner nicht mehr Akteur, sondern im besten Fall inaktiver Statist. Die Verunsicherung der Politik übertrug sich auf die Bevölkerung, deren neuerliche Spaltung in (partei-)politische Orientierungslosigkeit mündete. Die ÖVP drohte zwischen einer linksbürgerli-

chen/linksliberalen „Refugees Welcome“-Haltung und einer Hinwendung zum „Das Boot ist voll“ zerrieben zu werden. In dieser Situation konnte es keinen glaubwürdigen Pragmatismus geben. Wenn die SP/VP-Regierung Kern/Mitterlehner von den meisten ÖVP-Sympathisanten als neoliberal wahrgenommen wurde, dann war dies zum einen eine komplette Selbstaufgabe der ÖVP unter dem ordnungspolitischen Diktat der Sozialdemokratie und zum anderen der Offenbarungseid der eigenen Visionslosigkeit. Die damalige ÖVP-Führung erkannte nicht, dass die Bevölkerung die gegenwärtige Politik als unzumutbare Belastung betrachtete und sich mit dieser Politik nicht mehr identifizieren konnte.

Die Vorgänge des Jahres 2017 sind allen noch in bester Erinnerung. Sebastian Kurz ergriff das Steuer der Volkspartei nicht mit der „Hand unter dem Mantel“. Das war auch gar nicht notwendig. Das Unbehagen des Wahlvolks, die permanente Abwanderung bürgerlicher Wähler zu politischen Mitbewerbern und die Demotivation der meisten Funktionäre verlangten nach einer klaren und eindeutigen Entscheidung. Sebastian Kurz führte die Volkspartei wieder zurück in die politische, gestaltende Arena.

Wie schnell sich politische Rahmenbedingungen ändern können, bewies das Jahr 2019. Inhaltlich schien die Mitte-Rechts-Regierung von ÖVP und FPÖ eine Vielzahl von Schnittmengen und gemeinsamen Visionen zu enthalten, wonach sich ein Großteil der Bevölkerung gesehnt hatte. Der Koalitionspartner FPÖ erbrachte jedoch den endgültigen Beweis, dass Selbstgefälligkeit einer Führungsgruppe in der Politik nur eine Zeit lang möglich ist. Wenn dann auch noch Korruption hinzukommt, gepaart mit handwerklichem Unvermögen, dann endet das Verständnis des Souveräns endgültig. Eine schnelle und kompromisslose Entscheidung zeichnete die ÖVP-Haltung nach „Ibiza“ aus. Selbst als im Moment der Entscheidung die folgende Alternative (noch) nicht sichtbar war. Das Wahlvolk und auch die eigenen Funktionäre begrüßten schon immer klare und unzweideutige Haltungen. Auch wenn dies in der Vergangenheit seit 1945 nicht immer eine ausgesprochen österreichische und schon gar nicht eine bürgerliche Haltung war.

Schlussbetrachtung

Einer falschen Legendenbildung muss abschließend jedoch Einhalt geboten werden: Der historische Übervater der ÖVP, vielleicht von ganz Österreich, Leopold Figl, würde heute mit seiner Art, Krisen zu meistern, fulminant scheitern. Und ein „Politiker des freien Marktes“, wie Wolfgang Schüssel, hätte vermutlich nach dem KP-Putschversuch 1950 andere sozialpolitische Konsequenzen gezogen. Somit hätte ein „Raab-Kamitz-Kurs“ möglicherweise gar nicht stattgefunden oder hätte gänzlich anders ausgesehen. Jede Krise bedarf einer konkreten Antwort, die von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden muss. Jeder Krise muss die Frage vorangestellt werden: Was kostet sie und was kostet die Lösung? Manche Krisen erlauben nicht den Aufschub eines einzigen Tages und andere Krisen können durch Aussitzen gelöst werden. Die Glaubwürdigkeit einer Führungspersonlichkeit und die Integrität der Führungsgruppe sind bei Krisen wohl entscheidend. Das trifft auf bürgerliche wie auf sozialistische/linke Parteien zu. Auch die Einbeziehung einer breiten demokratischen Basis (Länder, Gemeinden) kann ein Vorteil oder ein Nachteil sein. Gelegentlich sogar beides.

Schlussendlich ist es eine politische Instinktentscheidung der verantwortlichen Führungsgruppe zwischen Risikobereitschaft und Risikobeschränkung. Ebenso erkennt man einen großen Politiker und Staatsmann erst in der Krise und daran, wie er (oder sie) mit Niederlagen umzugehen lernt.